FreiBrief aus Berlin

Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich unterstütze die Diskussion um unsere Leitkultur ausdrücklich, die am vergangenen Wochenende von Bundesinnenminister Thomas de Maizière angestoßen wurde. In einer Zeit, in der die Welt aus den Fugen zu geraten scheint, in der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Religionsfreiheit nicht mehr unabänderlich sind, brauchen wir Werte, die den Rahmen unseres Zusammenlebens aufzeigen. Die Leitkulturdebatte bietet nicht nur Zuwanderern, sondern auch uns selbst eine Orientierung.

Den teils schrillen Kritikern von de Maizière möchte ich zurufen: Unsere Gesellschaft wird jedenfalls durch mehr zusammengehalten als nur durch die Beachtung der Gesetze. Das ist das absolute Mindestmaß und wird auch von jedem Touristen oder Besucher erwartet. Ich bin sicher, dass es in den kommenden Jahren ganz entscheidend darauf ankommen wird, sich auf einen gesellschaftlichen Grundkonsens zu verständigen. Und da muss die deutsche Leitkultur maßgebend sein.

Herzlichst

Th. Thorsten Frei

Thorsten Frei vermittelt vor Parlamentswahlen in Albanien

Im Vorfeld der für Juli angesetzten Parlamentswahlen und in einer schweren politischen Krise versuchte ich am vorletzten Wochenende in der albanischen Hauptstadt Tirana mit Vertretern der größten Oppositionspartei DP über eine Abwendung des Wahlboykotts der DP zu sprechen. Die DP, die darüber hinaus auch die Parlamentsarbeit seit Februar boykottiert, treibt die Sorge um, dass die kommenden Wahlen nicht fair und frei organisiert und ausgeführt werden, weshalb sie im Kern die Einsetzung einer technischen Regierung zur Durchführung der Wahlen fordert. Ich unterstrich im Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Lulzim Basha, dass ich seine Sorge angesichts der Zunahme der organisierten Kriminalität nachvollziehen könne. Albanien ist schließlich eine der wichtigsten Durchgangsrouten für Heroin und das wichtigste Anbauland für Cannabis. Insofern besteht die Gefahr, dass ein Milliardenbetrag aus illegalen Drogengeschäften zur Wahlmanipulation eingesetzt wird. Eine technische Regierung kann aber dennoch keine Vorbedingung für eine Wahl sein, sondern höchstens das Ergebnis eines einvernehmlichen Prozesses aller Beteiligten. Womöglich ist eine Verschiebung der Wahl um 100 Tage der beste Weg, um das Wahlgesetz zu Verhinderung von Wahlmanipulationen zu schärfen und schlimmere Entwicklungen zu umgehen. Zunächst aber darf die DP das Parlament nicht länger boykottieren. Sie muss sich schnellstmöglich für die Parlamentswahl registrieren lassen. Schließlich wird der demokratische Wettstreit im Parlament ausgetragen. Ansonsten werden die Menschen skeptisch, was das Funktionieren ihrer Demokratie angeht.

Majestätsbeleidigung im Sinne des § 103 StGB wurde abgeschafft

Vor einem Jahr durfte ich bereits zum Fall Böhmermann für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag reden. Dies war auch in der vergangenen Sitzungswoche der Fall, nachdem wir als Ergebnis der damaligen Beratungen § 103 StGB nach besonnener Beratung abgeschafft haben. Dieser Schritt war richtig, da die Norm und der dahinterstehende Sinn losgelöst vom Fall Böhmermann nicht mehr in die heutige Zeit passen. Die „Majestätsbeleidigung“ ist in unserer heutigen Gesellschaft überkommen. Das liegt an der Gesellschaftsentwicklung an sich und an der Überwindung der klassischen Konfliktmuster vergangener Jahrhunderte. Unser Grundgesetz sieht nicht umsonst vor, dass jeder Mensch gleich ist, auch vor dem Gesetz. Eine aus der Zeit gefallene Rechtsnorm, die ohnehin durch einen anderen, allgemeingültigeren und weiter gefassten Normensatz abgedeckt wird, brauchen wir heute nicht mehr. Deshalb ist die Streichung konsequent. Allerdings sehe ich heute aufgrund der in der jüngsten Vergangenheit erneut durch den türkischen Präsidenten verursachten Spannungen und den daraus für uns folgenden innenpolitischen Auswirkungen weiteren gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Das haben die Wochen vor dem türkischen Referendum zur Einführung eines Präsidialsystems gezeigt. Erdogan und seinen Minister haben bei uns mit Mitteln und Argumenten und in einer Art und Weise geworben, die deutlich unter die Gürtellinie gingen. Die Hetze gegen deutsche Politiker und Deutschland insgesamt, vor allem die deplatzierten Nazi-Vergleiche waren inakzeptabel. Zwar haben die Bundesregierung, wie auch die Verantwortungsträger in den Ländern und Kommunen ähnlich besonnen nach geltendem Recht entschieden wie vor einem Jahr. Schließlich gilt auch heute der Grundsatz, dass wir keine Lex Erdogan machen wollen. Das unterscheidet uns von der Türkei. Allerdings bin ich der Meinung, dass wir schneller als im Falle des § 103 StGB eine generelle Lösung für die neuen Erdogan-induzierten Probleme finden müssen. Ansonsten haben wir schneller als uns lieb sein kann, wieder dieselben Bilder und Provokationen zu ertragen. Ich gehe letztlich davon aus, dass Erdogan – berauscht von seinem Referendumsergebnis und der möglichen neuen Machtfülle – schnell für vorgezogene Neuwahlen sorgen wird. Spätestens aber 2019 wird das Spiel von

vorn beginnen. Derlei soll sich bei uns nicht noch einmal abspielen. Insoweit brauchen wir auch ein generelles Wahlkampfverbot für ausländische Politiker, Staatsbürger und Organisationen. Die Rede können Sie auf meinem YouTube-Kanal (**hier**) anschauen.

Sicherheitslage in Afghanistan erfordert mehr internationales Engagement

Die Sicherheitslage scheint zu Beginn der sogenannten Kampfsaison der Taliban, die traditionell nach dem Ende des Winters beginnt, in diesem Jahr besonders instabil. Dies lässt sich beispielsweise an dem brutalen Angriff der Taliban auf einen Militärstützpunkt in Mazar-i-Sharif ablesen, bei dem sich die Taliban als Soldaten verkleidet in das Camp schlichen und mehr als 140 Sicherheitskräfte töteten. Ebenso deutete der renommierte amerikanische SIGAR-Bericht auf eine zunehmende Fragilität hin. Schließlich unterliegen demnach nur noch 57% des Landes der Kontrolle der Regierung und ihrer Sicherheitsorgane während dies im Herbst 2016 noch etwa 2/3 Afghanistans waren. Diese Sorge scheinen auch die USA zu sehen, deren neuer Verteidigungsminister Mattis derzeit erstmals in seiner Ministerrolle in Afghanistan weilt, um über mögliche Konsequenzen für das zukünftige Engagement der Internationalen Gemeinschaft in Afghanistan mit der Regierung in Kabul zu sprechen. Vor diesem Hintergrund erörterte ich die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen, aber auch politische Hintergründe mit dem seit nunmehr 2 Jahren im Land agierenden Leiter des Kabuler Büros der Adenauer-Stiftung. Schließlich ist klar, dass mit der Entscheidung der Amerikaner über das weitere Engagement in Afghanistan immer auch das weitere Mandat der Bundeswehr verknüpft ist. Für mich wäre dabei ein größeres deutsches Kontingent erforderlich. Das dient letztlich dem Selbstschutz der deutschen Soldaten. Wenn man den letzten Angriff in unmittelbarer Nähe zu unserem Camp sieht, erkennt man sofort, wie dringend verstärkte Selbstverteidigungsfähigkeiten notwendig sind. Vor allem würde ich eine Verstärkung der US-Truppen begrüßen, da es im Moment eine schwelende Patt-Situation zwischen Regierung und Taliban gebe. Dieses Patt muss durchbrochen werden, damit Präsident Ghani seine Reformen und damit das Land weiter voran bringen kann.

Schwierige Lage der christlichen Minderheit in Nepal

In einer Art De-Briefing zu meiner Reise nach Nepal im Februar tauschte ich mich in der vergangenen Woche im Deutschen Bundestag mit Gaetan Roy aus. Herr Roy ist Vorsitzender des Dachverbandes netzwerk-m, der aus etwa 70 Mitgliedsorganisationen besteht und sich in Nepal vor allem für Menschenrechte und Religionsfreiheit einsetzt. Dass die Arbeit von netzwerk-m und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren dringend notwendig ist, davon konnte ich mir vor Ort persönlich ein Bild machen. Die etwas mehr als 200.000 Menschen umfassende christliche Minderheit, von denen etwa 10.000 Katholiken sind, machen lediglich 1 % der Gesamtbevölkerung Nepals aus. Durch die starke Hinduismus-Prägung der Gesellschaft und das daraus resultierende Kastenwesen ergeben sich für Minderheiten enorme Auswirkungen im sozialen Bereich, bei der gesellschaftlichen Mitbestimmung oder bei der Vergabe von Jobs im öffentlichen Bereich. Obwohl in Nepal die universellen Menschenrechte in der Verfassung garantiert werden und Nepal als säkularer Staat organisiert werden soll, fallen nach meiner Wahrnehmung gerade in diesem Bereich Anspruch und Wirklichkeit stark auseinander.

Verhaftungen ohne Rechtsgrund, Folter, Drohungen und Einschüchterungsversuche sind regelmäßig an der Tagesordnung. Und insbesondere das Problem der weitgehenden Straflosigkeit sorgt für gesellschaftliche Spannungen. Diese Einschätzung teilt auch Gaetan Roy, der seit zwei Jahren eine äußerst schwierige Entwicklung in Nepal beobachtet. Für mich steht fest, dass wir weiterhin die Arbeit von Organisationen wie netzwerk-m in Nepal nach Kräften unterstützen werden und dass von parlamentarischer Seite gegenüber unseren Abgeordnetenkollegen für die uneingeschränkte Implementierung der Verfassung in den Alltag geworben werden muss.

Wir müssen mehr Energie in den Westlichen Balkan stecken

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) befinden sich derzeit verschiedene Vertreter von Medienorganisationen aus Südosteuropa in Berlin. Die CDU-nahe Stiftung setzt sich gerade in den Beitrittskandidaten des Westbalkans stark für die Vermittlung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Stärkung der Zivilgesellschaft ein. Das beinhaltet insbesondere auch die Rolle der Medien und einer freien und ausgewogenen Berichterstattung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem die Kommunikation der politischen Erwartungshaltung in Deutschland gegenüber den Beitrittsaspiranten und Partnerländern. In dem Gespräch betonte ich, dass der Westbalkan für Deutschland eine geostrategische Schlüsselregion ist. Das sieht man auch an der Einflussnahme in der Region beispielsweise durch Russland, die Türkei oder auch China. Jegliche Instabilität dort, wirkt sich unmittelbar auf uns aus. Das haben wir in den 90er Jahren gesehen, aber auch im Zuge der Migrationskrise. Deshalb ist es richtig, dass die Zukunft der Länder des westlichen Balkans in der EU liegt. Leider sorgen viele Faktoren innerhalb der EU, aber natürlich auch in den Ländern selbst dafür, dass die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre stagnieren. Bei bestimmten Themen gibt es aus meiner Sicht sogar Rückschritte, was sich letztlich mit dem letzten Fortschrittsbericht der EU-Kommission deckt. Die wesentlichen Herausforderungen sind bekannt: Zwischen Serbien und dem Kosovo geht es um die Normalisierung des Verhältnisses. Darüber hinaus muss vor allem in Albanien und Mazedonien eine funktionierende parlamentarische Arbeit dauerhaft und stabil organisiert werden. Im Moment sind die Probleme vielfältig und eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Das zeigen alle Vermittlungsbemühungen der letzten Tage und Wochen. Vielleicht haben wir Europäer aufgrund eigener Sorgen den Westbalkan zu sehr vernachlässigt, lautet mein Befund der Krise. Gleichzeitig versicherte ich meinen Gesprächspartnern, dass ihre Heimt bei uns in der CDU/CSU-Fraktion ganz oben auf der Agenda steht. Wir werden alles unternehmen, damit die Länder wieder auf „die richtige Spur“ kommen.

Praktikum von Matilda Alku bringt neue Sichtweisen über Albanien

Matilda Alku, eine Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, die ich bei meiner ersten Reise nach Albanien im dortigen Auslandsbüro kennengelernt habe und die derzeit Politikwissenschaften in Erfurt studiert, hat im Rahmen ihres Masterstudiums ein 6 wöchiges Praktikum in meinem Berliner Bundestagsbüro absolviert. Gerade mit Blick auf die spannenden und zugleich turbulenten Entwicklungen in ihrer Heimat waren ihre internen Sichtweisen und Erklärungen höchst interessant und hilfreich zugleich. Dies vor allem wegen der Unterstützung bei der Vorbereitung meiner jüngst erfolgten Reise nach Albanien. Viele Dinge erscheinen in einem anderen Licht, wenn man die Hintergründe und historischen Ursprünge kennt.

Landjugend Aasen diskutiert „ihre“ Themen

Mit knapp 40 politisch interessierten Heranwachsenden aus Aasen und Umgebung diskutierte ich auf Einladung des Donaueschinger CDU-Ortsverbandes Aasen. Besonders die unsichere politische Lage in vielen Ländern der Welt, der amerikanische Protektionismus und die unsicheren Zukunftsperspektiven des türkischen Staates nach dem Erdogan-Referendum dominierten das Gespräch. Dabei wurde erneut deutlich, wie wichtig die demokratische Teilhabe jedes Einzelnen ist. Das Beispiel „Brexit“ oder ein Erstarken extremer politischer Strömungen haben gezeigt, dass man für sich selbst und seine Mitmenschen Verantwortung übernehmen muss. Im Kleinen wie im Großen. Die Zukunft aktiv zu gestalten, ist in einer älter werdenden Gesellschaft die zentrale Aufgabe der jungen Leistungsträger, deren Freiheits- und Sicherheitsbedürfnis während des Gedankenaustausches immer wieder deutlich zum Ausdruck kam. 70 Jahre Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit. Dafür müssen wir jeden Tag etwas tun, damit das noch lange so bleibt.

CDU Stadtverband Donaueschingen stellt sich zukünftigen Aufgaben

Auf der CDU Hauptversammlung des Stadtverbandes Donaueschingen stand ich den anwesenden Mitgliedern Rede und Antwort. Ich machte deutlich, dass man dem zunehmenden Populismus aus dem linken Parteienspektrum nachvollziehbare Fakten und inhaltliche Unterschiede klar entgegensetzen muss. Soziale Versprechen, die sich nicht finanzieren lassen, sind für mich unseriöse Politik. Wir setzen uns für die Schaffung von Arbeitsplätze ein. Damit bringen wir Menschen in Arbeit, die durch ihre Wertschöpfung, die Sozialbeiträge und Steuern für den gesellschaftlichen Wohlstand sorgen. Das ist die beste Form von sozialer Politik. Daneben steht die CDU für das Erfolgsrezept einer generationengerechten und nachhaltigen Gesellschaftspolitik, die in Zeiten eines deutlichen Steuerüberschusses endlich den Menschen auch wieder etwas zurückgibt. Konkret werden wir junge Familien und den arbeitenden Mittelstand nachhaltig entlasten sowie zeitnah den Solidaritätszuschlag abschaffen.

Besuch bei der BURGER GRUPPE in Schonach

Bei einem Besuch der in Schonach beheimateten Firmen SBS und KBS der BURGER GRUPPE tauschte ich mich mit Geschäftsführer Thomas Burger, seiner Frau Silke als Leiterin der Abteilung "Human Ressources" und deren Sohn Manuel über die besonderen Herausforderungen des lokal tief verwurzelten, aber in der Geschäftsausrichtung international aufgestellten Unternehmens aus. In dem Gespräch wurde einmal mehr deutlich, dass unsere exportorientierte Wirtschaft Rahmenbedingungen braucht, die den Unternehmen Luft zum Atmen und genügend Flexibilität gibt, um gegen staatlich gestützte Wettbewerber aus Fernost oder neuen Protektionismus zu bestehen. Dazu gehören auch tragfähige und verlässliche politische Rahmenbedingungen für die Attraktivität und Lebensqualität des ländlichen Raumes und die Wettbewerbsfähigkeit unserer exportstarken, innovativen Familienunternehmen. Gerade sie müssen Orientierung und Halt in politisch schwierigen Zeiten bieten. Umso wichtiger sind dabei die richtigen Antworten auf Her-

ausforderungen wie die flächendeckende medizinische Versorgung, die Bewältigung der zunehmenden Bürokratie und des Fachkräftemangels.

Bad Dürrheimer Narrenschopf setzt Maßstäbe bei digitaler Kultur

Auf Initiative meines südbadischen CDU-Kollegen Andreas Jung und mir sind verschiedene Museen zur schwäbisch-alemannischen Fasnacht in das von Staatsministerium Monika Grütters MdB, Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, auf den Weg gebrachte Pilotprojekt „Museum 4.0 – Digitale Strategien für das Museum der Zukunft“ aufgenommen worden. Der „Narrenschopf“ Bad Dürrheim ist dabei der größte und wichtigste Projektpartner auf Seite der Fasnachtsmuseen. Ich freue mich, dass Bad Dürrheim damit kulturpolitisch und kulturwissenschaftlich ganz vorn in Deutschland mitmischen wird und Wegbereiter für ein ganz neues interaktives Erleben unserer Museen wird. Ich bin sicher, dass die neuen technischen Möglichkeiten frischen Wind in die Museumslandschaft bringen werden. Die Virtuelle Realität lässt Museumsinhalte besser verstehen. Wissen wird erlebbar und greifbar. Damit werden viele Museen einer Frischzellenkur unterzogen. Das ist eine große Chance für die gesamte Museumslandschaft. Ich freue mich sehr, dass der Narrenschopf diesen Weg maßgeblich mitgestalten darf.

Tradition und Innovation bei Ketterer Druckguss in Furtwangen

Beim Besuch der Oskar Ketterer Druckgießerei an ihrem Standort Furtwangen betonte ich im Gespräch mit Geschäftsführer Bernhard Ketterer, leitenden Mitarbeitern und Bürgermeister Josef Herdner die besondere Bedeutung mittelständischer Unternehmen für die Region und erläuterte in diesem Zusammenhang auch die Herausforderungen der Politik, bestmögliche Rahmenbedingungen für die innovativen und lokal verwurzelten Firmen zu schaffen. Mir kommt es dabei immer auf politische Lösungen mit Augenmaß an. Erfreulich ist uns dies mit viel Anstrengung bei den in der Koalition mühsam ausgehandelten Erbschaftssteuerkompromiss gelungen, ein solches für den Fortbestand vieler Unternehmen so wichtiges Augenmaß zu ermöglichen, obwohl gerade von Linken, Grünen und SPD eine deutlich stärkere Belastung der Unternehmenserben gefordert wurde. Die nächsten Messpunkte zeichnen sich mit der notwendigen Fortentwicklung der bestehenden EEG-Umlage, die vor allem für energieintensive Unternehmen eine große Last ist, und den Überlegungen für umfassende Unternehmenssteuerreform nach der Bundestagswahl schon am Horizont ab.

CDU Blumberg im Wahljahr – Hauptversammlung mit klarem Fingerzeig in Richtung Ordnung und Sicherheit

Mit Blick auf die Entscheidungen des Koalitionsausschusses von Ende März nutzte ich die gut besuchte Hauptversammlung der CDU Blumberg in der Scheffellinde Achdorf, um deutlich zu machen, dass die CDU weiter konsequent für eine Stärkung der inneren Sicherheit eintreten wird. Wir haben nicht nur die Zahl der Polizeibeamten erhöht, sondern werden bis zur Sommerpause noch die wichtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die präventive Nutzung der elektronischen Fußfessel, die Auswertung mobiler Kommunikationsdaten und eine bessere und einfachere Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Flächen schaffen. Darüber hinaus werden auf unser

Drängen hin Einbruchsdelikte künftig als Straftatbestand mit einer Mindeststrafe von einem Jahr gesetzlich definiert. Damit können anhängige Verfahren nicht mehr einfach eingestellt werden. Ebenso wichtig ist der beschlossene, direkte Durchgriff aller Ermittlungs- und Sozialbehörden auf die Asylkerndatenbank und die biometrischen Daten zur eindeutigen Identifizierung aller Asylantragsteller um Fälle von Sozialmissbrauch mit zahllosen Identitäten durch einen und denselben Antragsteller ein für alle Mal zu verhindern. Im Übrigen ist der Vorstoß der Union, in einem solchen Falle direkt das Asylverfahren zu beenden und eine Rückführung einzuleiten, bisher am Veto des Koalitionspartners SPD gescheitert.

Bürgerschaftliches Engagement schafft in Furtwangen Lebensqualität

Bürgermeister Josef Herdner hatte mich und einige Vertreter der sehr aktiven und erfolgreichen Vereine in Furtwangen zu einem Austausch geladen, um sich über die notwendige politische Unterstützung und konkrete Probleme bei der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort zu informieren. Ich stellte klar, dass bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen des Zusammenlebens mehr und mehr an Bedeutung gewinnt und uns viele andere Länder auf der Welt um unsere vitale Ehrenamtskultur beneiden. Im Gespräch mit dem Verein „Bürgerbus e.V.“ erfuhr ich bei diesem neuen Format viel über den besonderen Bedarf an Mobilität der Menschen in schwer erreichbaren Teilen des Bregtals, erörterte die Erfolgsgeschichte des im Sommer an sieben Tagen die Woche geöffneten Bregtalbades, ebenso wie die Arbeit des Vereins „Energiewende e.V.“, der mit regenerativ erzeugtem Bürgerstrom die Energiewende vor Ort aktiv umzusetzen versucht.

Bürgermeistergespräche in St. Georgen, Schonach und Hornberg

Bei ausführlichen Vor-Ort-Terminen und intensiven Gesprächen mit den Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden der Gemeinderäte konnte ich mir in St. Georgen, Schonach und Hornberg von den großen Herausforderungen der Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis ein Bild machen.

Ausführliche Berichte können Sie auf meiner Homepage (**hier**) nachlesen.

Meine Bürgersprechstunden – nun auch digital

Interessante erste Online-Bürgersprechstunde bei Facebook-Live! Bei meiner ersten Online-Bürgersprechstunde bei Facebook-Live konnte ich unterschiedlichste Fragen von Bürgern beantworten. Von der Wirtschafts-, über die Außenpolitik bis zur Förderung des ländlichen Raums wurden mehrere Themen angesprochen. Aufgrund technischer Probleme war die Bildqualität des Videos leider noch etwas eingeschränkt. Diese werden bis zur nächsten Online-Bürgersprechstunde beseitigt, so dass einer erneuten Auflage nichts im Wege steht. Das Video ist auf meiner Facebook-Seite (hier) abrufbar.

Selbstverständlich führe ich auch weiterhin meine Bürgersprechstunden in meinem Wahlkreisbüro in Villingen-Schwenningen durch. Die nächste Bürgersprechstunde findet bereits am 5. Mai 2017 statt. Ende Mai führe ich dann eine weitere Sprechstunde in diesem Monat durch.

Bürgersprechstunden im Jahr 2017 auf einen Blick:

30. Januar 2017, 18 – 20 Uhr

20. Februar 2017, 15 – 17 Uhr

3. März 2017, 15 – 17 Uhr

6. April 2017, 13 – 15 Uhr

5. Mai 2017, 16 – 18 Uhr

26. Mai 2017, 14 – 16 Uhr

5. Juli 2017, 15 – 17 Uhr

23. August 2017, 15 – 17 Uhr

6. September 2017, 15 – 17 Uhr

4. Oktober 2017, 15 – 17 Uhr

9. November 2017, 15 – 17 Uhr

7. Dezember 2017, 15 – 17 Uhr

Ich bin für Sie da.

Alle Termine finden Sie auch auf meiner Homepage unter der Rubrik Wahlkreis (**hier**). Zur Vermeidung unnötiger Wartezeiten bitte ich Sie, mögliche Gesprächstermine bereits im Vorfeld mit meinem Wahlkreisbüromitarbeiter Bernd Böhm abzusprechen. Herr Böhm steht Ihnen unter (07721) 99 535 44 zur Verfügung.

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei